

## Resolution **der nordrhein-westfälischen Verkehrs- und Logistikwirtschaft zum Mauterhöhungsbeschluss des Bundeskabinetts vom 18. Juni 2008**

Auf der Delegiertenversammlung am 21. Juni 2008 haben die Delegierten des Verbandes Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen e.V. (VVWL) folgende Resolution verabschiedet:

1. Mit Empörung reagiert die nordrhein-westfälische Verkehrs- und Logistikwirtschaft auf die vom Bundeskabinett am 18. Juni 2008 verabschiedete Mauterhöhung - je nach Schadstoffklasse - zwischen 40 % und 88 %. Im Mittel ergibt sich bei den derzeitigen Fahrleistungen eine Mauterhöhung um 62 % oder 2,2 Mrd. Euro p.a. Mit einer Mautspreizung zum Klima- und Umweltschutz hat der Beschluss der Bundesregierung nichts zu tun. Fahrzeuge, die gerade einmal 2 oder 3 Jahre alt sind, sollen 70% mehr Maut zahlen. Ebenso falsch ist die Behauptung, dass schadstoffarme Fahrzeuge begünstigt werden. Selbst bei umweltfreundlichster Lkw-Technik (Euro V), die erst im Herbst nächsten Jahres verbindlich vorgeschrieben ist, schlägt die Mauterhöhung mit 40 % zu Buche!
2. In ganz Europa steht die mittelständische Verkehrs- und Logistikwirtschaft mit dem Rücken zur Wand. Die Kraftstoffpreise steigen so schnell und dramatisch, dass eine Weitergabe dieser zusätzlichen Kosten in den Märkten allenfalls zeitversetzt und nur zum Teil gelingt. Trotzdem hat die Bundesregierung das gnadenlose Existenzvernichtungsprogramm aus dem Bundesverkehrsministerium mit Nachdruck des Kanzleramts im Kabinett passieren lassen. Die eiligst angekündigten „Erleichterungen“ für das deutsche Gewerbe sind Altschulden von Versprechen, die jetzige und die Vorgänger-Regierung schon in Bezug auf die momentane Mauthöhe vor fünf Jahren gemacht aber bislang nicht umgesetzt hat. Das Verhalten der Bundesregierung ist selbstherrlich und verwerflich. Der Aufbauminister Ost im Bundesverkehrsministerium wird zum Abbruchminister Ost- und West.
3. Viele Regierungen geben ihrer Verkehrs- und Logistikwirtschaft Hilfen, nicht so Deutschland. In Nordrhein-Westfalen ist der Beschluss gleichbedeutend mit einem Existenzvernichtungsprogramm für die im VVWL organisierten rd. 3.000 Mitgliedsunternehmen mit über 100.000 Arbeitsplätzen.

4. Der Beschluss der Bundesregierung gefährdet massiv den Logistikstandort NRW und damit den drittgrößten Arbeitgeber in NRW. Der VVWL fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, diesem Existenzvernichtungsprogramm für den Logistikstandort NRW und die nordrhein-westfälische Verkehrs- und Logistikwirtschaft mit aller Kraft entgegenzutreten, der Mauterhöhung im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern und zusammen mit der Bundesratsmehrheit das Existenzvernichtungsprogramm zu stoppen.
  
5. Der VVWL, seine Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden die staatliche Raffgier, den sinnlosen Öko-Populismus und das geplante Existenzvernichtungsprogramm nicht tatenlos hinnehmen.

Hermann Grewer  
Vorsitzender  
Verband Verkehrswirtschaft  
und Logistik NRW e.V.

Klaus-Peter Röskes  
Vorsitzender  
Verband Verkehrswirtschaft  
und Logistik NRW e.V.,  
Landesverband  
TransportLogistik und Entsorgung

Manfred Boes  
Vorsitzender  
Verband Verkehrswirtschaft  
und Logistik NRW e.V.,  
Landesverband  
Spedition+Logistik

Johannes Röhr  
Vorsitzender  
Verband Verkehrswirtschaft  
und Logistik NRW e.V.,  
Landesverband  
Möbelspedition und Logistik

**Der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen (VVWL) e.V. ist der Wirtschafts- und Arbeitgeberverband der nordrhein-westfälischen Verkehrs- und Logistikwirtschaft, des drittgrößten Wirtschaftszweiges in NRW.**

**Der VVWL vertritt rd. 3.000 Mitgliedsfirmen mit über 100.000 Arbeitsplätzen.**